

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XXXIX
Erster Teil	
Einführung in die Thematik und staatstheoretische Rahmenbedingungen	1
§ 1 Einleitung	2
§ 2 Herausforderungen des Staats im Zeitalter der Globalisierung	12
I. Der Staat als sich verändernde Rahmenbedingung des grenzüberschreitenden Verwaltungshandelns	12
II. Entwicklungen auf der Makroebene	14
III. Auswirkungen auf den Staat und das nationale Recht	20
IV. Neue Ausdrucksformen und Funktionen des Staats	43
V. Resümee	51
Zweiter Teil	
Völkerrechtliche, verfassungsrechtliche und kollisionsrechtliche Grundlagen des grenzüberschreitenden Verwaltungshandelns ..	53
§ 3 Völkerrechtliche Aspekte der transnationalen Interaktion	54
A. Grundprinzipien des Völkerrechts zur Beziehung zwischen den Staaten	54
B. Territoriale Souveränität der Staaten und Beginn ihrer Relativierung ..	68
I. Staatliche Hoheitsbereiche und Jurisdiktion	69
II. Charakteristika der territorialen Souveränität	74
III. Absplittern der <i>jurisdiction to enforce</i> von der territorialen Souveränität	77

IV.	Achtung der territorialen Integrität anderer Staaten	86
V.	Territoriale Souveränität kontra territoriale Integrität	94
VI.	Relativierung der territorialen Souveränität in der neueren Rechtsentwicklung	98
C.	Befugnis der Staaten zur Regelung von Sachverhalten mit extraterritorialem Anwendungsbereich	104
I.	Pluralität staatlicher Zuständigkeitsbereiche im Rahmen der <i>jurisdiction to prescribe</i> : Konfliktpotenzial und Vorzüge	104
II.	Anknüpfungsprinzipien bei Hoheitsakten mit Auslandsbezug ..	108
III.	Konfliktlösungsstrategien	125
IV.	Völkerrechtlicher Schutz des Individuums im Fall des Normkonflikts als Begrenzungsfaktor der <i>jurisdiction to prescribe</i>	145
V.	Begrenzende Wirkung der Staatenimmunität hinsichtlich staatlicher Zuständigkeitsbereiche	146
VI.	Auswirkungen völkerrechtlicher Jurisdiktionsvorgaben auf die nationale Handlungsebene	148
VII.	Folgen der Herausbildung neuer Machtspären neben den Staaten	158
D.	Resümee	160
§ 4	Verfassungsrechtliche Ausprägungen und Grundlagen der Extraterritorialität	163
I.	Transnationale Offenheit des Grundgesetzes	163
II.	Verfassungsrechtliche Determinanten extraterritorialer Anwendungsbereiche und Zuständigkeitsregelungen	178
III.	„Übertragung“ von Hoheitsrechten	191
IV.	Resümee	199
§ 5	Öffentliches Kollisionsrecht	202
I.	Untersuchungsgegenstand	204
II.	Vermeintliche Barrieren eines mehrseitigen öffentlichen Kollisionsrechts	214
III.	Grundriss eines mehrseitigen öffentlichen Kollisionsrechts	241
IV.	Entwicklungschancen des mehrseitigen öffentlichen Kollisionsrechts	261
V.	Resümee	264

Dritter Teil

Verwaltungsrechtliche Instrumente in der transnationalen Sphäre	267
<i>§ 6 Extraterritorial wirkende nationale Verwaltungsakte und Pläne</i>	269
A. Definition des Untersuchungsgegenstands	269
B. Wirkungsbereich nationaler Verwaltungsakte und Planwerke	272
I. Territoriale Fesseln des Verwaltungsakts und des Plans	272
II. Grenzüberschreitende Wirkungen	273
C. Grenzüberschreitende Verfahrensbeteiligung	286
I. Völkerrechtliche Zulässigkeit der grenzüberschreitenden Verfahrensbeteiligung	286
II. Beteiligung von Adressaten der Verwaltungentscheidung	288
III. Beteiligung von ausländischen Behörden und ausländischen Dritt betroffenen	300
IV. Exkurs: Unterstützende Verfahrensbegleitung durch deutsche Behörden bei ausländischen Vorhaben, Plänen und Programmen	364
D. Rechtsschutz von im Ausland ansässigen Ausländern und ausländischen juristischen Personen	369
I. Internationale Zuständigkeit	369
II. Ausgangspunkt der Untersuchung zur Klage- und Antragsbefugnis im Ausland ansässiger Personen	370
III. Klagebefugnis von ausländischen Adressaten des Verwaltungsakts	371
IV. Klage- und Antragsbefugnis von Dritt betroffenen im Umwelt- und Planungsrecht	374
E. Präklusionsregelungen	411
I. Untersuchungsrelevante Charakteristika der Präklusionsvorschriften	412
II. Präklusion öffentlich-rechtlicher Ansprüche und grenzüberschreitende Verfahrensbeteiligung	415
III. Besonderheiten der innerstaatlichen Präklusion zivilrechtlicher Abwehransprüche bei transnationalen Sachverhalten	422
F. Resümee	443

<i>§ 7 Achtung und Anerkennung ausländischer Verwaltungsentscheidungen</i>	446
I. Untersuchungsgegenstand – Formenvielfalt im internationalen Vergleich	446
II. Achtung ausländischer Verwaltungsentscheidungen	447
III. Anerkennung ausländischer Verwaltungsentscheidungen	455
IV. Verfahrensbeteiligung von in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Personen bei ausländischen Verwaltungsentscheidungen	509
V. Fehlerfolgen und Rechtsschutz	511
VI. Missbrauch von Anerkennungsmöglichkeiten	523
VII. Resümee	530
<i>§ 8 Kooperative grenzüberschreitende Planung</i>	533
I. Untersuchungsgegenstand	533
II. Zweckmäßigkeit einer kooperativen grenzüberschreitenden Planung	537
III. Grundvoraussetzungen einer kooperativen grenzüberschreitenden Planung	540
IV. Verwirklichung einer kooperativen grenzüberschreitenden Bauleitplanung durch ein duales Modell	545
V. Verwirklichung einer kooperativen grenzüberschreitenden Bauleitplanung durch ein Einheitsmodell	575
VI. Aufsichtsmaßnahmen	600
VII. Rechtsschutzfragen	603
VIII. Verwirklichung des grenzüberschreitenden Bebauungsplans ..	604
IX. Resümee	614
<i>§ 9 Grenzüberschreitende öffentlich-rechtliche Verträge</i>	617
I. Untersuchungsgegenstand	617
II. Maßgebliches Recht für den grenzüberschreitenden Vertrag: Auswahl zwischen konkurrierenden Rechtsordnungen	626
III. Fähigkeit und Berechtigung zum Abschluss grenzüberschreitender öffentlich-rechtlicher Verträge	637
IV. Zustimmungs- und Mitwirkungserfordernisse	659
V. Durchsetzung von Vertragsansprüchen	663
VI. Flucht über die Grenze: Vertragsabschluss deutscher Partner im Ausland	673
VII. Resümee	681

<i>Inhaltsübersicht</i>	XIII
§ 10 Grenzüberschreitende Verwaltungsrealakte	683
I. Untersuchungsgegenstand	683
II. Übermittlung von Daten ins Ausland	686
III. Empfang von Daten aus dem Ausland	712
IV. Datengewinnung im Ausland	718
V. Resümee	722
Vierter Teil	
Zusammenfassung der Ergebnisse und Synthese	725
I. Einführung in die Thematik und die Metamorphosen des Statats	725
II. Völkerrechtliche, verfassungsrechtliche und kollisions- rechtliche Grundlagen des grenzüber- schreitenden Verwaltungshandelns	726
III. Verwaltungsrechtliche Instrumente in der transnationalen Sphäre	734
Literaturverzeichnis	749
Sachregister	889

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXIX

Erster Teil

Einführung in die Thematik und staatstheoretische Rahmenbedingungen	1
§ 1 Einleitung	2
1. Phänomen der Transnationalität staatlichen Handelns	2
2. Untersuchungsgegenstand	4
3. Ziel und Gang der Untersuchung	7
§ 2 Herausforderungen des Staats im Zeitalter der Globalisierung	12
I. Der Staat als sich verändernde Rahmenbedingung des grenzüberschreitenden Verwaltungshandelns	12
II. Entwicklungen auf der Makroebene	14
1. Ambivalenz und Vielseitigkeit der Erscheinungen	14
2. Europäisierung	16
3. Internationalisierung	17
4. Globalisierung	19
III. Auswirkungen auf den Staat und das nationale Recht	20
1. Pluralität der Akteure auf der Weltbühne und die Bildung neuer Machtssphären neben dem Staat	21
a) Europäische Ebene	21
b) Internationale Ebene	22
c) Perspektive der Globalisierung	24
2. Systemwettbewerbe	28
3. Ausbildung von Netzwerken und Kooperationen	30

4. Gewährleistungsdefizite	33
a) Defizite demokratischer Legitimation und Verantwortungsdiffusion	33
aa) Zur kritischen Größe demokratischer Gemeinwesen	33
bb) Gesellschaftliche Anbindungsverluste zur Entscheidungsebene	34
cc) Einflussgewinn der Exekutivspitzen – Exekutivföderalismus ..	37
dd) Suche nach neuen Repräsentationssystemen	38
b) Umgang mit privaten Akteuren und Netzwerken	41
IV. Neue Ausdrucksformen und Funktionen des Staats	43
1. Staatsgerichtete Perspektive	43
2. Konsequenzen für das grenzüberschreitende Verwaltungshandeln	49
V. Resümee	51

Zweiter Teil

Völkerrechtliche, verfassungsrechtliche und kollisionsrechtliche Grundlagen des grenzüberschreitenden Verwaltungshandelns .. 53

§ 3 Völkerrechtliche Aspekte der transnationalen Interaktion	54
A. Grundprinzipien des Völkerrechts zur Beziehung zwischen den Staaten	54
1. Merkmale der Grundprinzipien	54
2. Souveräne Gleichheit der Staaten	56
3. Zwischenstaatliches Interventionsverbot	60
4. Gebot der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit	65
B. Territoriale Souveränität der Staaten und Beginn ihrer Relativierung .. 68	
I. Staatliche Hoheitsbereiche und Jurisdiktion	69
II. Charakteristika der territorialen Souveränität	74
III. Absplittern der <i>jurisdiction to enforce</i> von der territorialen Souveränität	77
1. Erwerb separater Gebietshoheit als Grundlage einer erweiterten <i>jurisdiction to enforce</i>	77
2. Gebietshoheit in mehreren Händen	79
3. Typologie des Verlusts staatlicher Gebietshoheit	80
a) Übertragung der Gebietshoheit	80
b) Servitute	81

4. <i>Jurisdiction to enforce</i> in staatenlosen Räumen	82
a) Räume mit funktional begrenzten Hoheitsrechten	83
b) Staatengemeinschaftsräume	85
IV. Achtung der territorialen Integrität anderer Staaten	86
1. Schutz vor fremden Hoheitsakten und physischem Einfluss ..	86
2. Beeinträchtigungen durch persuasorische Rechtsakte	90
V. Territoriale Souveränität kontra territoriale Integrität	94
1. Konfliktpotenziale	94
2. Relative Wechselbeziehung der Prinzipien	95
VI. Relativierung der territorialen Souveränität in der neueren Rechtsentwicklung	98
1. Grenzüberschreitender Wirkungskreis realer Sachprobleme ..	99
2. Internationale und supranationale Kooperationen	101
3. Staatengemeinschaftsinteressen	101
4. Ausdehnung staatlicher Einflussbereiche	103
C. Befugnis der Staaten zur Regelung von Sachverhalten mit extraterritorialem Anwendungsbereich	104
I. Pluralität staatlicher Zuständigkeitsbereiche im Rahmen der <i>jurisdiction to prescribe</i> : Konfliktpotenzial und Vorzüge	104
II. Anknüpfungsprinzipien bei Hoheitsakten mit Auslandsbezug ..	108
1. Allgemeines	108
a) Anwendungsschwierigkeiten	108
b) Staatsbezug	108
c) Konkretisierungsbedürftigkeit	109
d) Erweiterungsoffenheit	110
e) Rangfolge	110
2. Territorialitätsprinzip	112
3. Personalitätsprinzip	114
4. Wirkungsprinzip	116
5. Weltrechtsprinzip	119
6. Schutzprinzip	123
7. Organisationshoheitsprinzip	124
III. Konfliktlösungsstrategien	125
1. Völkerrechtliche Abkommen	125
a) Wettbewerbsrechtliche Kooperationsvereinbarungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika	127

b) Wesentliche Bausteine der Vertragswerke	128
aa) Positive comity	128
bb) Konfliktvermeidung durch Aussetzung	128
cc) Konfliktvermeidung durch Interessenabwägung und Zurückhaltung	129
dd) Sonstige Kooperationsinstrumente	129
2. Empfehlungen internationaler Organisationen	130
3. Abwägungslösung	130
a) Grundlagen	130
b) Faktoren der Abwägung	133
aa) Misere fehlender einheitlicher Maßstäbe	133
bb) Mögliche Abwägungsfaktoren und ihre Schwächen	135
c) Schwierigkeiten bei der praktischen Durchführung der Abwägung	139
4. Andere Lösungskonzepte	140
a) Konsultationen auf diplomatischer Ebene	140
b) Harmonisierung des materiellen Rechts	141
c) Internationale Vollzugsbehörden	142
d) Abwehrgesetze und „claw back“-Vorschriften	142
IV. Völkerrechtlicher Schutz des Individuums im Fall des Normkonflikts als Begrenzungsfaktor der <i>jurisdiction to prescribe</i>	145
V. Begrenzende Wirkung der Staatenimmunität hinsichtlich staatlicher Zuständigkeitsbereiche	146
VI. Auswirkungen völkerrechtlicher Jurisdiktionsvorgaben auf die nationale Handlungsebene	148
1. Einheit des Staats	148
2. Besonderheiten für den Verwaltungsvollzug und die Judikative	149
a) Vollzugsakte und Gerichtsurteile	149
b) Internationale Zuständigkeit von Exekutive und Judikative	150
aa) Parallelität von internationaler Zuständigkeit und staatlichem Sachrecht	151
bb) Internationale Zuständigkeit der Exekutive	154
cc) Internationale Zuständigkeit der Judikative	155
VII. Folgen der Herausbildung neuer Machtspären neben den Staaten	157
D. Resümee	160

§ 4 Verfassungsrechtliche Ausprägungen und Grundlagen der Extraterritorialität	163
I. Transnationale Offenheit des Grundgesetzes	163
1. Historische Wurzeln der offenen Staatlichkeit und die Intention ihrer Verankerung	164
2. Offene Staatlichkeit und Völkerrechtsfreundlichkeit	165
3. Konkretisierungen der offenen Staatlichkeit	167
a) Aktive Beteiligung an der internationalen Zusammenarbeit	167
b) Bindung an das Völkerrecht	169
c) Erscheinungsformen offener Staatlichkeit im innerstaatlichen Bereich	173
4. Konsequenzen und Auswirkungen der internationalen Interdependenz	174
a) „Verfassungsmutationen“	174
b) Völkerrechtliche Auffangverfassung	175
5. Im Gegenzug: Staatliche Schutzwicht vor ausländischen Hoheitsakten	177
II. Verfassungsrechtliche Determinanten extraterritorialer Anwendungsbereiche und Zuständigkeitsregelungen	178
1. Grenzen im Verhältnis der Staaten zueinander	179
a) Anlehnung des Grundgesetzes an völkerrechtliche Prinzipien ..	179
b) Pflicht zur Rücksichtnahme aus dem Bekenntnis zur offenen Staatlichkeit	181
2. Grundrechtliche Schranken	182
a) Grundrechte und Auslandssachverhalte	182
b) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und Willkürverbot: die Belastungsgrenzen des Bürgers im Einzelfall	184
3. Ausdrückliche Zuweisung eines extraterritorialen Anwendungsbereichs?	186
a) Erstreckungsklauseln in der deutschen Rechtsordnung	186
b) Zur rechtlichen Notwendigkeit von Erstreckungsklauseln	187
c) Bestimmung des Anwendung- und Geltungsbereichs von verwaltungsrechtlichen Vorschriften bei fehlender Erstreckungsklausel	189
III. „Übertragung“ von Hoheitsrechten	191
1. Rechtliches Umfeld und Träger der Integrationsgewalt	191
2. Merkmale der Übertragung	192
a) Hoheitsrechte als Gegenstand der Übertragung	192
b) Spezifika des Übertragungsvorgangs	192
c) Rechtsfolgen der Hoheitsrechtsübertragung	193

3. Begünstigte der Hoheitsrechtsübertragung	195
4. Materielle Grenzen der Hoheitsrechtsübertragung	197
a) Lockerung verfassungsrechtlicher Bindungen zugunsten des Bundes	197
b) Enge Verfassungsbinding der Länder und die Beachtung von Bundesgesetzen	198
IV. Resümee	199
 <i>§ 5 Öffentliches Kollisionsrecht</i>	202
I. Untersuchungsgegenstand	204
1. Zum Begriff des öffentlichen Kollisionsrechts	204
2. Gegenstand des öffentlichen Kollisionsrechts	208
3. Fehlende Kodifikation eines mehrseitigen öffentlichen Kollisionsrechts	212
II. Vermeintliche Barrieren eines mehrseitigen öffentlichen Kollisionsrechts	214
1. Völkerrechtliche Unbedenklichkeit	214
a) Souveränitätsbereiche und Anwendungswille fremder Staaten ..	214
b) Unergiebige Forderung nach einem <i>genuine link</i>	218
2. Innerstaatliche Hindernisse und verfassungsrechtliche Anforderungen	219
a) Anforderungen des Demokratieprinzips	219
b) Vorbehalt des Gesetzes und Grundrechtsbindung	221
3. Konzeptionelle und strukturelle Vorbehalte gegenüber der Anwendung ausländischen Rechts	222
a) Verschmelzung von Kollisions- und Sachrecht im öffentlichen Recht	222
b) Zur fehlenden „Un- bzw. Vorstaatlichkeit“ des öffentlichen Rechts	223
aa) Staatliche Elemente im Privatrecht	224
bb) Privatrechtliche Durchdringung des öffentlichen Rechts ..	229
cc) Distanzierung staatsprägender Rechtsbereiche	232
c) Fungibilitätsdefizite des öffentlichen Rechts	233
d) Zur fehlenden Kollisionslage und Gleichwertigkeit	234
e) Unvertretbarkeit staatlicher Entscheidungen	236
f) Praktische Hindernisse und vermeintlich vorrangig zu wählende Formen der Kooperation	236
g) Kumulative Anwendung öffentlich-rechtlicher Ordnungsregeln ..	238
4. Fehlende Auseinandersetzung mit der Mehrseitigkeit des öffentlichen Kollisionsrechts	239

III.	Grundriss eines mehrseitigen öffentlichen Kollisionsrechts	241
1.	Vorüberlegungen	241
a)	Wertentscheidungen der Verfassung und Reziprozitäts- erwartungen auf der Basis wechselseitigen Vertrauens	241
b)	Staatstheoretische und gesellschaftspolitische Dimension des mehrseitigen öffentlichen Kollisionsrechts	242
2.	Ausrichtung des Kollisionsrechts an den Interessensphären des Staats	244
a)	Ausbildung konstitutiv-obligatorischer und relativ- dispositiver Rechtsbereiche	244
b)	Kriterien zur Abgrenzung konstitutiv-obligatorischer und relativ-dispositiver Rechtssphären	245
aa)	Leitlinien des Internationalen Privatrechts, des Verfassungs- und Völkerrechts	245
bb)	Zur Differenzierung anhand der Zielsetzung der Normen	246
cc)	Unveränderlicher Staatskern im Spiegel der offenen Staatlichkeit und der europäischen Integration	247
3.	Gewährleistung der Gleichwertigkeit und Gegenseitigkeit	250
4.	Grundregeln des mehrseitigen öffentlichen Kollisionsrechts	251
a)	Erfordernis eines Rechtsanwendungsbefehls	252
b)	Anknüpfung	253
c)	Wahlrecht der Beteiligten	255
d)	Verweisung	256
e)	Einordnung nach ausländischem Recht erzeugter Rechtsakte	259
f)	Hoheitliche Entscheidungsspielräume	260
IV.	Entwicklungschancen des mehrseitigen öffentlichen Kollisionsrechts	261
1.	Europäische Anordnung und seine Vorbildfunktion für das nationale Recht	261
2.	Fusion mit dem Internationalen Privatrecht	262
V.	Resümee	264

Dritter Teil

Verwaltungsrechtliche Instrumente in der transnationalen Sphäre	267
§ 6 Extraterritorial wirkende nationale Verwaltungsakte und Pläne	269
A. Definition des Untersuchungsgegenstands	269
1. Extraterritoriale Verwaltungsakte	269
2. Erweiterung des Untersuchungsgebiets auf extraterritorial wirkende Pläne	271
B. Wirkungsbereich nationaler Verwaltungsakte und Planwerke	272
I. Territoriale Fesseln des Verwaltungsakts und des Plans	272
II. Grenzüberschreitende Wirkungen	273
1. Verwaltungsakte mit ausländischem Adressaten dargestellt am Beispiel des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	273
a) Verwaltungsrechtlich relevantes Instrumentarium des Kartellrechts	273
b) Finale Steuerungswirkung gegenüber im Ausland ansässigen Adressaten	275
c) Gegenmaßnahmen ausländischer Staaten	278
2. Verwaltungsakte und Pläne mit ausländischen Betroffenen – dargestellt am Beispiel von Vorhabengenehmigungen und Planungsentscheidungen	279
a) Gesetzliche Grundlagen der Vorhabengenehmigung und Planungsentscheidung	279
b) Betroffenheit von Grenznachbarn: Intraterritoriale Rechtserheblichkeit extraterritorialer Wirkung	281
aa) Ebene der Vorhabengenehmigung	281
bb) Ebene der Planung	283
cc) Umfang der extraterritorialen Erweiterung der nationalen Rechtsordnung und Ausbildung von extraterritorial einzuhaltenden Schutzstandards	285
C. Grenzüberschreitende Verfahrensbeteiligung	286
I. Völkerrechtliche Zulässigkeit der grenzüberschreitenden Verfahrensbeteiligung	286
II. Beteiligung von Adressaten der Verwaltungsentscheidung	288
1. Beteiligungsregelungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen bei transnationalen Sachverhalten	288

2. Exkurs: Weitere Instrumente der Informationsbeschaffung und ihre Verwirklichung	291
a) Besonderheiten des Auskunfts- und Vorlageverlangens	291
b) Zeugenvernehmung im Ausland	293
c) Auskunftsverlangen gegenüber Dritt-Unternehmen	294
d) Ermittlung im Ausland	295
e) Durchsuchungen im Ausland	295
f) Bekanntgabe im Ausland	296
aa) Versendung eines Briefs mit der Post	296
bb) Förmliche Zustellung ins Ausland	297
g) Vollstreckung	299
III. Beteiligung von ausländischen Behörden und ausländischen Dritt betroffenen	300
1. Beteiligungsregelungen des Umwelt- und Planungsrechts ..	300
a) Völkerrechtliche Rahmenbedingungen	300
aa) Konsultation zwischen den Vertragsparteien und grenz überschreitende Beteiligung der Öffentlichkeit nach der Espoo-Konvention	302
bb) Grenzüberschreitende Behördenbeteiligung und Öffentlich keitsbeteiligung nach Maßgabe des SEA-Protokolls	305
cc) Grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung nach der Aarhus-Konvention	308
dd) Gestaltungskraft der völkerrechtlichen Verträge	309
ee) Verfestigte Interessenkollisionen durch Regimebildungen: Auftrag an die Rechtsanwendung	313
b) Nationale Verfahrensvorgaben im Umwelt- und Planungsrecht: das Regelwerk sowie übereinstimmende Grundprinzipien und Ordnungsmuster	314
aa) Auswirkungen in einem anderen Staat und Ersuchen um Beteiligung	315
bb) Anfängliche Unterrichtung und zuständige Behörden	317
cc) Übermittlung von Informationen an ausländische Behörden	320
dd) Information der ausländischen Öffentlichkeit	323
ee) Ausschlussfristen und Präklusion	326
ff) Parallel Konsultationen	330
gg) Unterrichtung über das Ergebnis	331
hh) Weitergehende Regelungen zur Umsetzung völker rechtlicher Verpflichtungen	333
ii) Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit	334
c) Ein Blick in die Zukunft und zurück: Modelle einer grenz überschreitenden Beteiligung im Umweltgesetzbuch	335
aa) Idee eines einheitlichen Umweltgesetzbuchs	335
bb) Etappen der Entwurfsfassung und Scheitern des ersten Anlaufs zu einem Umweltgesetzbuch	336

cc) Entwicklungen der Gegenwart: Referentenentwurf zum Umweltgesetzbuch 2009	338
dd) Vorgaben für die grenzüberschreitende Beteiligung von Bürgern und Behörden	339
d) Staatenübergreifende Umweltkonsultation	343
aa) Bedürfnis nach vorgelagerten Umweltkonsultationen	343
bb) Elemente der staatenübergreifenden Umweltkonsultation ..	344
2. Weitergehende Beteiligungsrechte	345
a) Beteiligungslücken der bestehenden nationalen Vorschriften	345
aa) Gesetzliche Differenzierung zwischen der Art der Auswirkung	345
bb) Berücksichtigungsfähige Belange	346
cc) Fälle ohne Beteiligungsmöglichkeit	347
b) Stellung des Emsland-Urteils im Zuge gesetzgeberischer Ausgestaltungsaktivitäten: Verlust von Auslegungsspielräumen und eigeninitiative Beteiligung	347
c) Allgemeine völkerrechtliche Konsultationspflichten	349
d) Beteiligungs- und Konsultationspflichten aus nationalem Verfassungsrecht	351
e) Exkurs: Berücksichtigungspflicht ausländischer Belange aufgrund des Abwägungsgebots	354
3. Verfahrensbezogene Durchführungsschwierigkeiten und Problematiken	355
a) Zustellung und Bekanntgaben im Ausland	355
b) Auslegung, Akteneinsicht und Erörterungstermine	358
c) Grenzüberschreitung: Einreise- und Ausreiseverbote	358
d) Sprachliche Hürden und Übersetzungsfehler	360
e) Psychologische Barrieren	363
IV. Exkurs: Unterstützende Verfahrensbegleitung durch deutsche Behörden bei ausländischen Vorhaben, Plänen und Programmen	364
1. Regelungsgegenstand des § 9b UVPG im Überblick	365
2. Rechtliche Vorbedingungen der Verfahrensbegleitung durch deutsche Behörden	367
3. Funktionen des § 9b UVPG	368
D. Rechtsschutz von im Ausland ansässigen Ausländern und ausländischen juristischen Personen	369
I. Internationale Zuständigkeit	369
II. Ausgangspunkt der Untersuchung zur Klage- und Antragsbefugnis im Ausland ansässiger Personen	370
III. Klagebefugnis von ausländischen Adressaten des Verwaltungsakts	371

1. Rechtsstellung von ausländischen natürlichen Personen	371
2. Rechtsstellung ausländischer juristischer Personen	372
IV. Klage- und Antragsbefugnis von Dritt betroffenen im Umwelt- und Planungsrecht	374
1. Vorgaben des Völkervertragsrechts für die Klagebefugnisse im Umwelt- und Planungsrecht	374
a) Allgemeines zum völkerrechtlichen Rahmen	374
b) Gewährleistungen der Aarhus-Konvention für den Zugang zu Gerichten	375
aa) Gewährleistung nach Art. 9 Abs. 2 Aarhus-Konvention	375
bb) Weitreichende Vorgaben des Art. 9 Abs. 3 Aarhus-Konvention	379
c) Grenzüberschreitender Anwendungsbereich der Aarhus-Konvention	380
d) Gleichstellung des Ausländers mit Vertretern der inländischen Öffentlichkeit	380
e) Umsetzungsabhängigkeit und Ausgestaltungsbedürftigkeit der Aarhus-Konvention	381
2. Klagebefugnisse im Atomrecht: Neuausrichtung durch die Emsland-Entscheidung	382
3. Übertragung der Emsland-Entscheidung auf andere Rechtsgebiete	386
a) Klagebefugnis bei der Vorhabengenehmigung	386
aa) Subjektiv-rechtliche Gehalte im Immissionsschutzrecht	386
bb) Subjektiv schützende Elemente des Bergrechts	387
cc) Klagebefugnis im Abfallrecht	390
b) Zurückhaltung bei der Annahme einer Klagebefugnis bei Plänen und Programmen	392
aa) Zur Grundströmung und dem Entwicklungs stadium im Umwelt- und Planungsrecht	392
bb) Schutznormqualität des Abwägungs gebots	393
cc) Rechtsschutz relevante Überlegungen zur Abschichtungswirkung	396
4. Klagebefugnisse nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung und nach dem Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz	397
a) Differenzierende Strukturen im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung und ihr Pendant im Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz	398
b) Rechtsschutzmöglichkeiten für Dritt betroffene nach § 4 Abs. 3 iVm Abs. 1 URG	400
c) Rechtsschutz ausländischer Vereinigungen	402

5. Klagebefugnisse aus Grundrechten	402
a) Norminterne Wirkung von Grundrechten	402
b) Normexterne Wirkung von Grundrechten	404
c) Einfluss der politischen Handlungsfreiheit bei transnationalen Sachverhalten	405
6. Klagebefugnis von ausländischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts	405
a) Keine Verbürgungen des Verfassungsrechts	405
b) Einfachgesetzliche Ansprüche	407
aa) Rügebefugnisse nach dem Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz ...	407
bb) Berücksichtigung von Belangen ausländischer Gemeinden in der Abwägung	408
E. Präklusionsregelungen	411
I. Untersuchungsrelevante Charakteristika der Präklusionsvorschriften	412
1. Rechtsfolgen der Präklusionsvorschriften	412
2. Dogmatische Rechtfertigung der Präklusion	414
II. Präklusion öffentlich-rechtlicher Ansprüche und grenzüberschreitende Verfahrensbeteiligung	415
1. Völkerrechtliche Unbedenklichkeit	415
2. Anforderungen an die Ausgestaltung des Verfahrens	417
a) Bekanntgabesurrogate	418
b) Hinnehmbare Zusatzbelastungen bei der Auslegung, Akteneinsicht und dem Erörterungstermin	419
c) Übersetzungspflichten	419
3. Folgen nachbarstaatlicher Passivität oder Unterminierung eines innerdeutschen Verfahrens	420
III. Besonderheiten der innerstaatlichen Präklusion zivilrechtlicher Abwehransprüche bei transnationalen Sachverhalten	422
1. Zivilrechtliche Abwehransprüche und die Wahlfreiheit des Anspruchstellers	423
2. Merkmale der privatrechtsgestaltenden Anspruchspräklusion	425
3. Ermittlung des maßgeblichen Kollisionsrechts bei grenzüberschreitenden Genehmigungen	426
a) Zur Unterscheidung nach dem Hoheitsträger	427
b) Zur Differenzierung nach dem Anerkennungsobjekt	429
c) Maßgeblichkeit der Unterscheidung anhand der Rechtswirkung ..	429

4. Berücksichtigungsfähigkeit von inländischen Präklusionsvorschriften	430
a) Tatbestandslösung	431
b) Datumstheorie	432
c) Substitutionslösung	435
d) Präklusionsvorschriften als Eingriffsnormen	438
e) Völkerrechtliche Unbedenklichkeit der Eingriffslösung	440
5. Berücksichtigungsvoraussetzungen von inländischen Präklusionsvorschriften	440
a) Prüfungsbefugnisse der Zivilgerichte	441
b) Verfahrensgarantien ohne Gleichbehandlungserfordernis	441
F. Resümee	443
 <i>§ 7 Achtung und Anerkennung ausländischer Verwaltungs- entscheidungen</i>	446
I. Untersuchungsgegenstand – Formenvielfalt im inter- nationalen Vergleich	446
II. Achtung ausländischer Verwaltungsentscheidungen	447
1. Begriffsbildung zur „Achtung“ fremder Verwaltungs- entscheidungen	447
2. Interessenausgleich zwischen den Staaten	448
3. Keine Achtungspflicht bei vollzugsbedürftigen Verwaltungsentscheidungen	449
4. Zu den Achtungspflichten bei feststellenden und gestaltenden Verwaltungsentscheidungen	450
a) Keine Achtungspflicht bei konkurrierenden Regelungs- befugnissen	451
b) Grundsätzliche Achtungspflicht bei ausschließlicher Regelungsbefugnis	451
c) Ausnahmen von der Achtungspflicht	452
d) Konsequenzen für eine Pflicht zur Achtung fremder Verwaltungsentscheidungen vor dem Hintergrund zunehmender Jurisdiktionsansprüche	454
III. Anerkennung ausländischer Verwaltungsentscheidungen	455
1. Wesensmerkmal der Anerkennung	455
a) Wirkungserstreckung durch konstitutiven inländischen Hoheitsakt	455
b) Umfang der innerstaatlichen Wirkungen des anerkannten Rechtsakts	456

2.	Anerkennungspflichten	457
a)	Völkerrechtliche Anerkennungspflichten	457
b)	Verfassungsrechtliche Anerkennungspflichten	460
3.	Aufhebung und Abänderung ausländischer Verwaltungsentscheidungen	461
a)	Unantastbarkeit ausländischer Verwaltungsentscheidungen	461
b)	Aufhebung des innerstaatlichen Anerkennungsakts	462
c)	Änderung des innerstaatlichen Anerkennungsumfangs	463
aa)	Änderungen im Rahmen vorgesehener Wirkungen	464
bb)	Änderung mit neuen Anordnungen	464
d)	Auswirkungen des Geltungsverlusts der Verwaltungsentscheidung im Herkunftsstaat	465
e)	Zur Erneuerung der Verwaltungsentscheidung durch Behörden des Aufnahmestaats	467
4.	Transnationale Verwaltungsentscheidungen	468
a)	Besondere Erscheinungsform der anerkannten Verwaltungsentscheidung	468
b)	Transnationalität durch generelle Wirkungsvermittlung	469
aa)	Anerkennung ausländischer Führerscheine	471
bb)	Zulassung ausländischer Kraftfahrzeuge	473
cc)	Transnationale Verwaltungsentscheidungen und Binnenschifffahrt	474
dd)	Transnationale Wirkungsstrukturen im zivilen Luftverkehr ..	477
ee)	Sonderstellung ausländischer Streitkräfte	479
ff)	Anerkennung ausländischer Befähigungszeugnisse und Hochschulgrade im deutschen Hochschulrecht	485
gg)	Transnationale Potenziale im Kreditwesen und Investment ..	489
hh)	Doppelbesteuerungsabkommen und Transnationalität ..	491
c)	Transnationalität durch Institutionsbildung	492
aa)	Zweckverbände nach dem Echternacher Übereinkommen ..	493
bb)	Zweckverbände nach dem Karlsruher Übereinkommen ..	494
d)	Transnationalität durch Grenzübergang: Verwaltungsentscheidungen auf fremdem Staatsgebiet	495
aa)	Grenzüberschreitende präventive Polizeimaßnahmen ..	496
bb)	Maßnahmen ausländischer Truppenverbände	502
5.	Ausländische Verwaltungsentscheidungen als Surrogat deutscher Hoheitsrechtsausübung	503
a)	Kooperationen ohne Hoheitsrechtsübertragung	505
b)	Zulässigkeit grenzüberschreitender Polizeikooperationen	507
c)	Verfassungsrechtliche Bedenken bei der Flugsicherung durch die schweizerische <i>Skyguide AG</i>	507

IV. Verfahrensbeteiligung von in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Personen bei ausländischen Verwaltungsentscheidungen	509
1. Verfahrensbeteiligung bei zu achtenden Hoheitsakten	509
2. Verfahrensbeteiligung bei anerkannten Hoheitsakten	509
V. Fehlerfolgen und Rechtsschutz	511
1. Bedeutung der Fehlerhaftigkeit zu achtender Verwaltungsentscheidungen	511
2. Wirksamkeit anerkannter ausländischer Verwaltungsentscheidungen trotz Fehlerhaftigkeit	512
a) Verlagerung des Rechtsschutzes ins Ausland und Etablierung von Kontrollinstanzen nach Maßgabe völkerrechtlicher Verträge	513
b) Zweck der Anerkennung als Hinderungsgrund einer staatsinternen Rechtmäßigkeitsprüfung	516
c) Zur Unbeachtlichkeit der Schwere des Fehlerbildes	519
d) Ausnahmsweise Überprüfung anerkannter Verwaltungsentscheidungen	520
e) Bedeutung der Aufhebbarkeit der ausländischen Verwaltungsentscheidung nach ausländischem Recht	520
3. Kontrolle des Anerkennungsakts	520
a) Anerkennung als Ausübung deutscher Staatsgewalt	520
b) Rechtmäßigkeitsmaßstäbe	521
VI. Missbrauch von Anerkennungsmöglichkeiten	523
1. Ausnutzen der durch die Anerkennung geschaffenen Sondersituation	523
2. Vorüberlegungen und Möglichkeiten zur Unterbindung des Missbrauchs	524
3. Regelungsdefizite bei der Anerkennung ausländischer und internationaler Führerscheine	525
a) Abhilfe nach dem Pariser Abkommen	525
b) Abhilfe nach dem Wiener Übereinkommen	527
c) Konsequenzen für die Fahrerlaubnis-Verordnung: unwirksames Verordnungsrecht	529
VII. Resümee	530

<i>§ 8 Kooperative grenzüberschreitende Planung</i>	533
I. Untersuchungsgegenstand	533
1. Grenzüberschreitende Bebauungspläne als Referenzgebiet..	533
2. Kooperation als Wesenselement	534
3. Untersuchung von Modellen	535
a) Duales Modell	535
b) Einheitsmodell	536
c) Auswirkungen der Modellarbeit auf die rechtliche Untersuchung	536
II. Zweckmäßigkeit einer kooperativen grenzüber- schreitenden Planung	537
1. Planungsrechtliche Sachgerechtigkeit	538
2. Wirtschaftliche Kooperation	539
3. Politische Opportunität	540
III. Grundvoraussetzungen einer kooperativen grenzüber- schreitenden Planung	540
1. Planungsrecht des ausländischen Staats	540
2. Gleichwertigkeit der planungsrechtlichen Instrumente	542
3. Ziel- und Wertabstimmung	544
4. Anforderungen an die beteiligten Akteure	545
IV. Verwirklichung einer kooperativen grenzüber- schreitenden Bauleitplanung durch ein duales Modell	545
1. Übergeordnete Gesichtspunkte	545
2. Einsetzen einer vorbereitenden Planungsinstitution	546
a) Zulässigkeit grenzüberschreitender kommunaler Zusammenarbeit	546
b) Rechtsform einer vorbereitenden Planungsinstitution	550
aa) Zweckmäßige Institutionalisierung	550
bb) Transnationale Arbeitsgemeinschaft	551
cc) Transnationaler Planungsverband	552
c) Zusammensetzung der vorbereitenden Planungsinstitution ..	552
aa) Organisationsstruktur	552
bb) Umgang mit Strukturdivergenzen der Herkunfts- ordnungen	554
cc) Grundzüge der Zusammenarbeit	555
3. Abgestimmtes Planaufstellungsverfahren	555
a) Diktum der Rechtssicherheit	555
b) Gemeinsame Verfahrensdurchführung	556
c) Details zum grenzüberschreitenden Beteiligungsverfahren ..	558

4. Ausarbeitung von Festlegungen für den Planinhalt	560
a) Auswahl des Planungsgebiets	560
b) Eingrenzung des fachlichen Planungsinhalts	561
c) Gemeinsame planungsrechtliche Basis	562
aa) Abstimmungsschwierigkeiten	562
bb) Erschaffen einer gemeinsamen Planungsgrundlage	563
d) Grad der Problembewältigung	567
aa) Konfliktbewältigung	567
bb) Abschließend abgewogener Planentwurf	568
e) Darstellungsform	568
5. Beschlussfassung über den Plan	570
a) Keine Bindung an den Planentwurf	570
b) Beschlussverfahren	571
c) Abweichungen vom Planentwurf	572
d) Gegenseitige Abhängigkeit: Zur „Ergänzungsbedürftigkeit“ des nationalen Teilplans	573
e) Auswirkungen auf bestehende und zukünftige nationale Planungen	574
V. Verwirklichung einer kooperativen grenzüberschreitenden Bauleitplanung durch ein Einheitsmodell	575
1. Setzung des rechtlichen Rahmens durch völkerrechtliche Verträge	575
a) Hervorgehobene Bedeutung des völkerrechtlichen Vertrags im Rahmen des Einheitsmodells	575
b) Gestaltungsauftrag an Bund und Länder	576
aa) Primat des Bundes im Bereich des materiellen Bodenrechts ..	576
bb) Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern im baurechtlichen Verfahrensrecht	577
cc) Gründung transnationaler Planungsverbände durch Bund und Länder	580
dd) Verfahrensrechtliche Einflussnahme	582
2. Gemeinsamer Planungsträger	583
a) Rechtsform	583
b) Organisationsstruktur des Planungsträgers	583
aa) Zwei alternative Konzeptionen	583
bb) Auswahlermessen von Bund und Ländern im Spannungs- verhältnis zur kommunalen Selbstverwaltungsgarantie ..	585
3. Durchführung des Planungsverfahrens	587
a) Originäres Verfahrensrecht und rechtsstaatliche Mindest- anforderungen	587
b) Kernelemente des formellen Verfahrens	589
aa) Aufstellungsbeschluss	589

bb) Ermittlung und Bewertung des entscheidungsrelevanten Materials	590
cc) Verbindliche Beschlussfassung des transnationalen Planungsverbands	591
4. Ausarbeitung von Festsetzungen	592
a) Bindungen an die Herkunftsrechtsordnungen	593
aa) Materielle Vorgaben	593
bb) Fähigkeit zum Einfügen in bestehende Planungsstrukturen ..	594
b) Wahl zwischen homogener und heterogener Planungsgrundlage	596
aa) Homogener Ansatz: Erleichterte Planung mit nationalen Integrationsschwierigkeiten	597
bb) Heterogener Ansatz: Verschenkte Gestaltungspotenziale ..	598
5. Abweichungen von den Festsetzungen des grenzüberschreitenden Bebauungsplans	599
VI. Aufsichtsmaßnahmen	600
1. Bedeutung der Aufsicht für den grenzüberschreitenden Bebauungsplan	600
2. Einvernehmliche Aufsicht durch getrennte Aufsichtsbehörden	601
3. Aufsicht durch eine eigens geschaffene Aufsichtsbehörde ..	602
VII. Rechtsschutzfragen	603
1. Rechtsschutz im Fall des dualen Modells	603
2. Rechtsschutz im Fall des Einheitsplans	603
VIII. Verwirklichung des grenzüberschreitenden Bebauungsplans ..	604
1. Realisierungsschwierigkeiten	605
a) Vorhabenverwirklichung ausschließlich in einem Hoheitsgebiet ..	605
b) Vorhabenverwirklichung unmittelbar auf der Grenze	605
aa) Abweichungen im Antragsverfahren	606
bb) Abweichungen bei den materiellen Genehmigungsanforderungen	607
2. Lösungsmodelle	608
a) Ausweichen ins Internationale Privatrecht	609
b) Anerkennung ausländischer Genehmigungen	609
c) Öffentliches Kollisionsrecht und völkerrechtliche Zuständigkeitsvereinbarungen	611
aa) Abgrenzung von Zuständigkeiten	611
bb) Berufung ausländischen Rechts zur Anwendung	612
d) Übertragung von Hoheitsrechten auf einen Zweckverband	614
IX. Resümee	614

§ 9 Grenzüberschreitende öffentlich-rechtliche Verträge	617
I. Untersuchungsgegenstand	617
1. Grenzüberschreitender öffentlich-rechtlicher Vertrag der Verwaltungsebene	617
2. Öffentlich-rechtliche Natur des Vertrags	618
3. Koordinationsrechtlicher Charakter	621
4. Praktische Relevanz und rechtliche Unsicherheit	622
II. Maßgebliches Recht für den grenzüberschreitenden Vertrag: Auswahl zwischen konkurrierenden Rechtsordnungen	626
1. Bedeutung der rechtlichen Grundlage für das Vertragswerk ..	626
a) Unverzichtbarkeit einer rechtlichen Grundlegung	626
b) Anforderungen an die zur Grundlegung berufene Rechtsordnung	627
c) Exklusivität der Grundlegung und grenzüberschreitende Verträge	627
d) Erscheinungsformen mehrfacher Grundlegung bei grenzüberschreitenden Verträgen	629
2. Determination einer staatlichen Rechtsordnung	630
a) Misere des konkurrierenden Regelungsanspruchs in der völkerrechtlichen Zuständigkeitsordnung	630
b) Parteiwille als Anknüpfungskriterium	631
c) Öffentliches Kollisionsrecht und grenzüberschreitender öffentlich-rechtlicher Vertrag	632
aa) Annäherungsdynamik im Zusammenspiel nationaler Kollisionsordnungen	632
bb) Aufgabe des öffentlichen Kollisionsrechts	634
cc) Notwendige Erlaubnis zur Anwendung ausländischen Rechts	635
dd) Vorzüge der Kollisionslösung gegenüber der Billigung ausländischer öffentlich-rechtlicher Verträge im Einzelfall ..	636
d) Abstimmung durch völkerrechtliche Verträge	637
III. Fähigkeit und Berechtigung zum Abschluss grenzüberschreitender öffentlich-rechtlicher Verträge	637
1. Vertragsabschlussfähigkeit und Vertragsabschlussbefugnis nach dem Recht des Heimatstaats – Rechtslage aus deutscher Sicht	638
a) Begriff der Vertragsabschlussfähigkeit	638
b) Zusammenspiel von Vertragsabschlussfähigkeit und der Befugnis zum Vertragsabschluss	639
aa) Lehre von der Teilrechtsfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts und die <i>ultra vires</i> -Lehre des öffentlichen Rechts	639

bb) Vertragsabschlusskompetenz und Verbandskompetenz: Näheverhältnis ohne Deckungsgleichheit	641
cc) Folgen der Überschreitung der Verbandskompetenz	646
c) Ermittlung der Verbandskompetenz als Richtmaß der Vertragsabschlussbefugnis	646
aa) Primitat des Art. 32 GG bei grenzüberschreitenden öffentlicht-rechtlichen Verträgen?	647
bb) Maßgeblichkeit der allgemeinen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	649
cc) Kompetenz zur grenzüberschreitenden Aufgabenwahr- nehmung von Gemeinden	650
dd) Verschiebungen des Wirkungskreises	653
ee) Bedeutungslosigkeit des Instruments „Verwaltungs- vertrag“ für die Verbandskompetenz	654
d) Befugnis zur Wahl des öffentlich-rechtlichen Vertrags als Handlungsform	654
2. Vertragsabschlusselfähigkeit und -befugnis in der ausländischen Rechtsordnung	656
a) Stellung des ausländischen Vertragspartners bei inner- staatlicher Grundlegung des Vertrags	656
b) Einverständnis der heimischen Rechtsordnung zu einer Verpflichtung nach ausländischem Recht	657
c) Anerkennung der Vertragsparteien durch das ausländische Rechtssystem	658
d) Regelungsstandorte: völkerrechtliche Dachverträge oder nationale Kollisionsordnungen	659
IV. Zustimmungs- und Mitwirkungserfordernisse	659
1. Allgemeingültige Anforderungen im Sinne des § 58 VwVfG ..	659
2. Relevanz für den grenzüberschreitenden öffentlich- rechtlichen Vertrag	660
3. Ermächtigung zur Hoheitsrechtsübertragung	662
V. Durchsetzung von Vertragsansprüchen	663
1. Zuständigkeit der Gerichte	663
a) Zuständigkeit nach deutschem Recht	663
b) Internationale Zuständigkeit	664
aa) Fehlende internationale Zuständigkeitsordnung: Gestaltungsfreiraume der Nationalstaaten	664
bb) Besonderheiten des grenzüberschreitenden öffentlich- rechtlichen Vertrags	664
cc) Zuständigkeitsmodelle und rechtliche Notwendigkeiten ...	666
2. Geltendmachen von Vertragsansprüchen	667
a) Stattliche Leistungsklage	667
b) Staatliche Immunität in der Vertragssituation	668

aa) Grenzüberschreitende öffentlich-rechtliche Verträge als <i>actus iure imperii</i>	668
bb) Anforderungen an einen Immunitätsverzicht im Erkenntnisverfahren	670
c) Zustellungserleichterungen	671
3. Zwangsvollstreckung von Vertragsansprüchen	671
a) Verfahrensablauf der Zwangsvollstreckung	671
b) Immunitätsverzicht in der Vollstreckungssituation	672
c) Objekte der Zwangsvollstreckung	672
VI. Flucht über die Grenze: Vertragsabschluss deutscher Partner im Ausland	673
1. Kennzeichen des Phänomens	673
2. Völkerrechtliche Anforderungen an extraterritorial geschlossene öffentlich-rechtliche Verträge	674
a) Vertragsabschluss als extraterritorialer Hoheitsakt	674
b) Völkerrechtliches Zustimmungserfordernis	675
3. Auswirkungen eines Völkerrechtsverstoßes	677
a) Maßgebliche Rechtsordnung	677
b) Zur Nichtigkeit nach § 59 Abs. 2 Nr. 1 iVm § 44 Abs. 1 VwVfG ..	677
c) Zur Nichtigkeit nach § 59 Abs. 1 VwVfG iVm § 134 BGB	678
d) Zur Nicht-Existenz mangels Vertragsabschlussfähigkeit oder Vertragsabschlussbefugnis	680
VII. Resümee	681
§ 10 Grenzüberschreitende Verwaltungsrealakte	683
I. Untersuchungsgegenstand	683
1. Verwaltungsrealakte und ihre grenzüber- schreitenden Erscheinungsformen	683
2. Fokussierung auf den Informationsfluss im inter- nationalen Verwaltungsverkehr	685
II. Übermittlung von Daten ins Ausland	686
1. Übermittlungsanlass	686
2. Datentypen und Übermittlungsformen	687
3. Erfordernis einer Rechtsgrundlage	689
a) Datenbezogenes Anforderungsprofil	689
aa) Übermittlung personenbezogener Daten	689
bb) Übermittlung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen ..	692
cc) Übermittlung von verwaltungsinternen und allgemeinen sachbezogenen Datenbeständen	693
b) Mögliche Ermächtigungsgrundlagen	694
c) Bestimmtheitsanforderungen an die Ermächtigungsgrundlage ..	696

4. Anhörungsrecht des Betroffenen	698
a) Pflicht zur Anhörung bei Übermittlung grundrechtlich geschützter Daten	698
b) Ausnahmen von der Anhörungspflicht	700
5. Materielle Rechtmäßigkeit der grenzüber- schreitenden Datenübermittlung	701
a) Verhältnismäßigkeit im Einzelfall	702
b) Zweckbindung	703
6. Akzessorische Pflichten	704
7. Gewährleistung des materiellen Schutzstandards im Ausland	705
a) Keine Bindung ausländischer öffentlicher Stellen an die deutsche Rechtsordnung	705
b) Verfassungsrechtlich veranlasste Kooperationsbedingungen deutscher Behörden	706
c) Absicherung verfassungsrechtlicher Gewährleistungs- standards	707
d) Kooperationsgrenzen bei Beeinträchtigungen nicht informationsbezogener Rechtsgüter: Umgang mit Folter und Hinrichtung	708
8. Rechtsschutz der Betroffenen und Trennungsgebot	710
a) Zuständigkeit deutscher Verwaltungsgerichte	710
b) Statthafte vorbeugende Unterlassungsklage	711
III. Empfang von Daten aus dem Ausland	712
1. Deutsches Datenschutzniveau beim Umgang mit ausländischen Informationen	712
2. Rechtmäßiges Ersuchen um ausländische Daten	713
3. Verwertungsverbote bei Verstößen gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts	715
IV. Datengewinnung im Ausland	718
1. Anwendung verfassungsrechtlicher Schutzstandards	719
2. Einfachgesetzliche Verwirklichung des verfassungs- rechtlich geforderten Schutzniveaus durch das Bundes- nachrichtendienstgesetz und Artikel 10-Gesetz	719
a) Extraterritorialer Anwendungsbereich	720
b) Überblick über den datenschutzrelevanten Befugnisrahmen ...	720
aa) Regelungen des Bundesnachrichtendienstgesetzes	720
bb) Regelungen des Artikel 10-Gesetzes	721
V. Resümee	722

Vierter Teil

Zusammenfassung der Ergebnisse und Synthese	725
I. Einführung in die Thematik und die Metamorphosen des Staats	725
II. Völkerrechtliche, verfassungsrechtliche und kollisions- rechtliche Grundlagen des grenzüberschreitenden Verwaltungshandels	726
1. Völkerrechtliche Aspekte der transnationalen Interaktion ..	726
2. Verfassungsrechtliche Ausprägungen und Grundlagen der Extraterritorialität	729
3. Öffentliches Kollisionsrecht	730
III. Verwaltungsrechtliche Instrumente in der transnationalen Sphäre	734
1. Allgemeine rechtsformübergreifende Erkenntnisse	734
2. Extraterritorial wirkende nationale Verwaltungsakte und Pläne	735
3. Achtung und Anerkennung ausländischer Verwaltungs- entscheidungen	738
4. Kooperative grenzüberschreitende Planung	741
5. Grenzüberschreitende öffentlich-rechtliche Verträge	744
6. Grenzüberschreitende Verwaltungsrealakte	746
Literaturverzeichnis	749
Sach- und Personenregister	889